

RUBRIKEN - INTERNATIONAL

BAYERN - Soforteinbehalt bei Ladendiebstahl

In Nürnberg gibt es seit Oktober den Modellversuch "Soforteinbehalt" bei Ladendiebstahl. Damit soll ohne Änderung des geltenden Rechts ein Verfahren erprobt werden, um Ladendiebstähle effektiver zu bekämpfen.

Wird ein Ladendieb auf frischer Tat ertappt, so bietet ihm die Nürnberger Polizei vor Ort an, freiwillig einen bestimmten Geldbetrag sofort an den Polizeibeamten vor Ort oder innerhalb von sechs Tagen an die Staatskasse zu bezahlen. Voraussetzung ist allerdings, dass es sich um einen Ersttäter handelt und der Wert des Diebesgutes 100 Mark nicht übersteigt.

Der Soforteinbehalt beträgt das Neunfache des Warenwertes; er ist damit etwas niedriger als eine Geldauflage im "normalen" Verfahren der Staatsanwaltschaft. Nach der Bezahlung kann die Staatsanwaltschaft das Verfahren regelmäßig sofort abschließen. "Ziel ist es, das Strafverfahren deutlich zu verkürzen, den bewährten Grundsatz ‚Die Strafe soll der Tat auf dem Fuß folgen‘ noch besser umzusetzen und dadurch die Wiederholungsgefahr erheblich zu reduzieren", sagte Innenminister Dr. Günther Beckstein bei der Vorstellung des Modellversuchs. Justizminister Dr. Manfred Weiß wies darauf hin, dass der Soforteinbehalt nicht mit dem Strafgeld-Vorhaben der Bundesregierung zu verwechseln sei: "Bei uns verhängt die Polizei keine bußgeldähnliche Sanktion, sondern macht ein Angebot. Zudem liegt die Entscheidung über die Einstellung des Verfahrens nicht bei der Polizei, sondern bei der Staatsanwaltschaft."

1999 registrierte die Polizei in Deutschland 589.000 Fälle des einfachen Ladendiebstahls. Für die Wirtschaft entstand dadurch ein Schaden von 37 Millionen €. In Bayern gab es im Vorjahr 62.664 Ladendiebstähle mit einem Schaden von mehr als 88 Millionen €.

"Diese Zahlen belegen eindeutig, dass wir es hier nicht mit einem Bagatelldelikt zu tun haben. Deshalb wird der Ladendiebstahl in Bayern seit jeher mit Nachdruck verfolgt. Auch der Ersttäter, der eine geringwertige Sache stiehlt, muss mit einer empfindlichen Geldbuße rechnen. Mit dem Modellversuch wollen wir erproben, ob wir unsere gute Praxis noch weiter verbessern können", betonte Weiß.

Ist das Modellprojekt erfolgreich, soll es auf andere Gebiete Bayerns ausgedehnt werden, sagte Beckstein.

KOLUMBIEN - U-Boot für Drogenschmuggel

Das U-Boot war 30 Meter lang, hatte einen Durchmesser von drei Meter und hätte 200 Tonnen Kokain transportieren können. Im September 2000 entdeckten kolumbianische Polizisten das halbfertige U-Boot in einer Untergrund-Werft eines Kokainkartells in einem Dorf in der Nähe von Bogota.

Das U-Boot wurde nach Plänen der russischen Armee gebaut; ein Teil des Werkzeugs stammte ebenfalls aus Russland. Das Boot hätte Platz für zehn Menschen geboten und etwa zehn Stunden unter Wasser bleiben können.

Bereits in den 80er Jahren hatte die Polizei in Kolumbien mehrere ferngesteuerte Mini-U-Boote sichergestellt. In den vergangenen Jahren gaben Drogenbosse den Bau von zwei kleineren U-Booten in Auftrag, das Vorhaben flog auf. 1997 wollte eine Drogenschmuggel-Organisation ein gebrauchtes russische U-Boot kaufen. Die Polizei in Miami, USA, zerschlug den Deal.

EPN - Führungswechsel im Polizistinnen-Netz

Trudy Manders, geschäftsführende Direktorin des Europäischen Polizistinnen-Netzes (ENP), hat nach drei Jahren die Funktion zurückgelegt und arbeitet seit 1. Oktober 2000 bei der niederländischen Zentralstelle für internationale polizeiliche Zusammenarbeit.

Ihre Nachfolgerin beim European Network of Policewomen ist Francie van de Beek. Sie ist bereits seit August 1995 beim ENP tätig.

BAYERN - Deliktsübergreifende Kriminalität

"Organisierte Verbrecherbanden begehen immer öfter unterschiedliche Delikte, sie sind kaum mehr auf ein Deliktsfeld spezialisiert", sagte der bayerische Innenstaatssekretär Hermann Regensburger bei der 8. Tagung der Leiter der Polizeihochschulen aus mittel- und osteuropäischen Ländern am 8. September 2000 in Kiew (Ukraine). Er berief sich auf den bayerischen Jahresbericht 1999 über organisierte Kriminalität (OK).

Im Jahr 1999 ermittelte die Polizei Bayerns in 90 OK-Verfahren gegen insgesamt 1.229 Verdächtige, denen 3.509 Einzeldelikte zur Last gelegt wurden.

Fast 80 Prozent der Ermittlungen führten die Kriminalisten ins Ausland. Über 61 Prozent der Verdächtigen hatten nicht die deutsche Staatsbürgerschaft; sie stammten aus 41 Nationen, meist aus dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, der Türkei, Tschechien und Russland. Ihr krimineller Gewinn wird auf 2,65 Milliarden Schilling geschätzt. Die kriminellen Organisationen richteten einen Gesamtschaden in Höhe von 5,27 Milliarden Schilling an.

Die Hauptdeliktsfelder der OK-Täter waren der Rauschgifthandel und -schmuggel, die Wirtschaftskriminalität, Eigentums- und Fälschungskriminalität sowie die Schlepperei.

TÜRKEI - Korruption

Die Korruption sei die stärkste Bedrohung für die Wirtschaft, Gesellschaft und politische Stabilität in der Türkei, sagte Sadettin Tantan, Innenminister der Türkei, bei einer Anti-Korruptions-Konferenz am 30. Oktober 2000 in Istanbul. "Die korrupte Wirtschaft ist die Bedrohung Nummer Eins. Sie ist Wurzel für viele Probleme im Land." Korruption sei "die Hauptquelle des radikalen Islam, Terrorisms und der schmutzigen Politik."

Die Korruptionsbekämpfung sei die Hauptwaffe gegen kriminelle Organisationen, sagte Tantani.

Der Minister begann mit einer Reihe von Untersuchungen gegen Unternehmer und Politiker der mittleren Garde, die in Schmiergeldskandale verwickelt waren. Bei der Korruptionsbekämpfung arbeitet Sadettin Tantan mit privaten Organisationen zusammen wie mit der "Turkish Economic and Social Studies Foundation" (TESEV), mit der ein Zwei-

Jahres-Projekt gestartet wurde. Die Studie ist das erste groß angelegte Anti-Korruptionsprojekt in der Türkei. Nach einer Befragung sollen die Methoden und die Verbreitung der Korruption herausgearbeitet werden und danach Ermittlungen einsetzen. Letzte Stufe ist die Erziehungsarbeit. Laut TESEV ist die Korruption das "größte soziale Problem der Gegenwart".